Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksache / Bremische Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft 9. Wahlperiode: 1975-79

(21.11.1977) Drucksache 9/356

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

BREMISCHE BÜRGERSCHAFT
Stadtbürgerschaft
9. Wahlperiode

Drucksache 9 / 356 S
21. 11. 77

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 30

Der Petitionsausschuß hat am 21. November 1977 die nachstehend aufgeführten zehn Eingaben abschließend beraten. **Der Ausschuß bittet, die Stadtbürgerschaft möge über die Petitionen wie empfohlen beschließen.**

Klein
(Vorsitzender)

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/110	Beschwerde gegen die Versagung einer Aufenthaltserlaubnis	Die Aufenthaltserlaubnis wurde erteilt.
S 9/111	Genehmigung zur Daueraufstellung eines Imbißwagens aus Billigkeitsgründen	Mit Gewerbeabmeldung vom 7. Juni 1977 hat der Petent seinen Imbißwagen abgemeldet. Dadurch ist das Begehren gegenstandslos geworden.
S 9/163	Beschwerde über die negative Bescheidung einer Bauvoranfrage	Der Petent wird einen gegenüber der Bauvoranfrage geänderten Bauantrag einreichen, der von der Bauverwaltung genehmigt wird.
S 9/218	Kurzfristige Sicherung eines Schulwegs bis zum endgültigen Ausbau und Fertigstellung einer Straße	Dem Begehren wurde im großen Umfang durch Sofortmaßnahmen entsprochen. So wird das Amt für Straßen- und Brückenbau die Unebenheit im Belag der Radwege beseitigen. Es ist ferner veranlaßt worden, daß die vorhandene Beschilderung ergänzt wird, so daß der Seitenstreifen durchgängig befahrbar ist. Damit ist auch ein Parken von Fahrzeugen auf diesem Seitenstreifen verboten. Außerdem sind die von der Petentin erbetenen Warnschilder — allerdings in etwas anderer Form — zwischenzeitlich aufgrund einer bereits seit längerer Zeit bestehenden Anordnung des Stadt- und Polizeiamts angebracht worden.
S 9/227	Beseitigung eines morschen Straßenbaums	Dem Begehren wurde entsprochen.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben für erledigt zu erklären, da sie nicht abhilfefähig sind:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/113	Verhinderung der Bebauung eines Grundstücks in einer bestimmten Form	Die Bedenken und Anregungen der Petenten sind im Rahmen der öffentlichen Auslegung geprüft worden. Das Ziel, den Landschaftscharakter des Gebiets zu erhalten, wird mit dem von der Stadtbürgerschaft beschlossenen Bebauungsplan 331 ausdrücklich verfolgt.

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/130	Beschwerde über den Erweiterungsbau an einem Reihenhaus	Die Genehmigung für den Erweiterungsbau mußte erteilt werden, da öffentlich-rechtliche Belange dem Vorhaben nicht entgegenstanden.
S 9/220	Endgültiger Erlaß oder Niederschlagung einer Gebührenforderung	Dem Begehren kann aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht entsprochen werden. Das Bauordnungsamt wird die Gebührenforderung gemäß § 59 (2) LHO und den dazu ergangenen Verwaltungsvorschriften für die Dauer von fünf Jahren befristet niederschlagen. Gleichzeitig verzichtet das Bauordnungsamt auf die inzwischen zusätzlich entstandenen Säumniszuschläge und Kosten und wird bis auf weiteres auch künftig keine Säumniszuschläge erheben lassen.

Der Ausschuß bittet, folgende Eingaben als unbegründet zurückzuweisen:

Nr. d. Eingabe	Gegenstand	Begründung
S 9/216	Beschwerde gegen die Ablehnung eines Antrags auf Zinsverbilligung aus dem Bauinvestitionsprogramm des Bundes und der Länder — Sonderprogramm Bausparzwischenfinanzierung —	Der Petent erfüllt nicht die Voraussetzungen der Verwaltungsvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern, die dem Sonderprogramm Bauzwischenfinanzierung zugrunde liegt.
S 9/233	Beschwerde gegen die Ablehnung eines Antrags auf Förderung von Modernisierungsmaßnahmen	Der Petent erfüllt nicht die erforderlichen Voraussetzungen.

Druck: Hans Krohn, Bremen